

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
14.12.2022
- 3 Abberufung zweier Mitglieder des Naturschutzbeirates
Vorlage: 22/SVV/1260
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
- 4.1 Städtische Dienstleistungen in Karstadt-Gebäude
Vorlage: 22/SVV/1157
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 4.2 Sitzordnung im Plenarsaal
Vorlage: 22/SVV/1146
Fraktion DIE aNDERE
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 22/SVV/0418
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 5.2 Ortsteilbeauftragte/r
Vorlage: 22/SVV/0606
Fraktion DIE LINKE
- 5.3 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser
und Gärten
Vorlage: 22/SVV/0704
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- 5.4 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!
Vorlage: 22/SVV/0737
Fraktion DIE LINKE
- 5.5 Transparenz der Tätigkeit von Beiräten
Vorlage: 22/SVV/0792
Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)

- 5.6 Teilweise Aufhebung des Beschlusses 20/SVV/0425 vom 06. Mai 2020 - Faire Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 22/SVV/1059
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
- 5.7 Abordnungen und nicht besetzte Stellen
Vorlage: 22/SVV/1117
Fraktion DIE LINKE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Gespräch mit dem Migrantenbeirat
- 6.2 Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022
Vorlage: 22/SVV/0710
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 6.3 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss
Vorlage: 22/SVV/1218
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 6.4 Anpassung der Verwaltungsverfahren zur Inanspruchnahme von eingeräumten Skonti
Vorlage: 22/SVV/1257
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
- 6.5 Rückblick und Ausblick Stadtteildialoge
Vorlage: 23/SVV/0026
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 6.6 Zukunftsfähige Ausrichtung des IT-Betriebs
Vorlage: 23/SVV/0025
Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung mit den besten Wünschen für ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2023.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 14.12.2022**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor,

- den Tagesordnungspunkt 5.2 – Ortsteilbeauftragte/r **zurückzustellen** und wie verabredet mit den Ergebnissen des Workshops mit den Ortsbeiräten und der Handreichung von Herrn Prof. Franzke zu behandeln,
- ebenso den Tagesordnungspunkt 6.3 – Gutachten Kita-Elternbeiträge; dieser soll nach der Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss wieder aufgerufen werden.

Die Tagesordnung soll um einen Punkt zur IT-Lage erweitert werden und unter „Sonstiges“ um eine Information zur Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg „Zeitpunkt der Durchführung einer Informationsveranstaltung zu dem geplanten Bau eines Wohnhauses an der Ecke Ziolkowskistraße- Newtonstraße im Stadtteil Am Stern“.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 67. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 14.12.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

neu Berichterstattung zur IT-Lage

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Lage stellvertretend für den erkrankten Herrn Morgenstern-Jehia durch Frau Kühnlein, Bereich IT-Strategie und -Gesamtsteuerung geführt und sie extern von Frau Sabine Griebisch unterstützt wird, die auf umfassende Erfahrungen mit einer ähnlichen Situation im Landkreis Anhalt-Bitterfeld zurückgreifen kann.

Im Weiteren informiert er unter Verweis auf die bereits in der Öffentlichkeit kommunizierten Hintergründe, die ergriffenen Maßnahmen und die geplante Schritt für Schritt-Strategie, um die Systeme wieder „hochzufahren“. Als erstes sei der E-Mail-Verkehr wiederaufgenommen worden. Die benötigten Bypass Systeme waren vorbereitet und konnten unter Einhaltung gewisser Sicherheitsstandards dafür verwendet werden. In der weiteren Priorisierung werden die Bürgerdienstleistungen wieder online gehen, wie z. B. die Beantragung von Wohngeld. Ab der kommenden Woche werde die dafür notwendige Fachverfahrenssoftware wieder hochgefahren. Darüber hinaus sei auch eine Lösung mit der Netzhaus AG gefunden worden, so dass das Internet demnächst wieder zur Verfügung stehe. Außerdem werde in die Sicherheitsarchitektur investiert.

Anschließend beantwortet er die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, wie z. B. nach den zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für die Stadt, nach den

nötigen personellen Ressourcen, den zusätzlichen Aufwendungen für den Haushalt in den Folgejahren und die Zusammenarbeit mit anderen (betroffenen) Kommunen.

Der zusätzliche finanzielle Aufwand, so der Oberbürgermeister, bewege sich im einstelligen Millionenbereich. Die Bewältigung derartiger Vorfälle mit anderen Kommunen sei natürlich wünschenswert, insbesondere um die Kosten zu teilen und den Fachkräftebedarf zu decken – daran werde gearbeitet. Für die jetzige Situation wurde das eigene Personal verstärkt und wurden externe Verträge geschlossen. Den Umfang der „Nachholearbeiten“ werde die Stadt nach „Hochfahren“ der gesamten Systeme klassifizieren.

zu 3 **Abberufung zweier Mitglieder des Naturschutzbeirates**

Vorlage: 22/SVV/1260

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, bringt die Vorlage ein und erläutert den 2. Absatz bzgl. der nicht erforderlichen Nachbesetzung. Herr Rubelt versichert auf Grund der guten Bewerbungslage eine zeitnahe Nachbesetzung des Beirats.

Der darauf Bezug nehmende Änderungsantrag von Frau Hüneke, diesen Absatz mit dem Wortlaut:

Eine Nachbesetzung ist nicht erforderlich. Die erforderliche Fachkompetenz für die Beratung der unteren Naturschutzbehörde kann durch die verbleibenden Mitglieder und Stellvertreter hinreichend wahrgenommen werden.

zu streichen, wird
einstimmig **angenommen.**

Die so geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:
angenommen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Frau Sabine Grähn und Herrn Dr. Torsten Lipp als Mitglieder des Naturschutzbeirates der Amtsperiode von 2020 bis 2024 gemäß § 35 Abs. 2 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG) i.V. mit § 1 Naturschutzbeiräteverordnung (NSchBV) abzuberaufen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**

zu 4.1 **Städtische Dienstleistungen in Karstadt-Gebäude**

Vorlage: 22/SVV/1157

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Herr Wollenberg bringt namens der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam eine

geänderte Fassung vom 16.01.2023 mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, **für den Fall einer positiven Entscheidung der Gläubigerversammlung und der damit verbundenen Fortführung des Galeria-Standorts in Potsdam**, im Rahmen der Neuordnung der Verwaltungsstandorte Gespräche sowohl mit dem Eigentümer des Kaufhauses „Stadtpalais“, **als auch der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH** zuzuführen und zu prüfen, ob und wie bürgernahe städtische Dienstleistungen wie z.B. der Bürgerservice oder ein Familienbüro in das Gebäude zu integrieren sind.

Darüber hinaus, so der Oberbürgermeister, gibt es die von Herrn Dr. Wegewitz in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 07.12.22 vorgeschlagene Änderung im ersten Satz:

Der Oberbürgermeister wird ~~aufgefordert~~ **weiterhin unterstützt**,

Auf die Nachfrage, von Herrn Dr. Scharfenberg, welche aktuellen Signale es diesbezüglich gebe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Gläubigerverhandlungen laufen und Ende Januar – Mitte Februar erklärt werde, welche Standorte aufgegeben werden sollen.

Die von Herrn Dr. Wegewitz vorgeschlagene Änderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einigen Gegenstimmen und
einigen Stimmenthaltungen.

Die so geänderte neue Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird weiterhin unterstützt, für den Fall einer positiven Entscheidung der Gläubigerversammlung und der damit verbundenen Fortführung des Galeria-Standorts in Potsdam, im Rahmen der Neuordnung der Verwaltungsstandorte Gespräche sowohl mit dem Eigentümer des Kaufhauses „Stadtpalais“, als auch der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH zuzuführen und zu prüfen, ob und wie bürgernahe städtische Dienstleistungen wie z.B. der Bürgerservice oder ein Familienbüro in das Gebäude zu integrieren sind.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einigen Gegenstimmen und
einigen Stimmenthaltungen.

zu 4.2 Sitzordnung im Plenarsaal
Vorlage: 22/SVV/1146
Fraktion DIE aNDERE

Herr Richter bringt den Antrag namens der Fraktion DIE aNDERE ein. Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Raum 280a für die zukünftigen Sitzungen des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen zu prüfen und den Antrag bis dahin **zurückzustellen**.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe**

Vorlage: 22/SVV/0418

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, bringt die Vorlage unter Verweis auf die Genese dessen ein und bittet um Zustimmung für die vom Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfohlene Fassung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes hat über die vorliegenden Änderungsanträge der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam entschieden:

1. Änderungsantrag Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam vom 11.10.22,
Grundsätze

Die Verwaltung erklärt sich bereit, die Änderungen in die Konkretisierung aufzunehmen und der Antragsteller **zieht den Änderungsantrag zurück.**

2. Änderungsantrag Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam vom 11.10.22,
Anlage 1

abgelehnt.

3. Änderungsantrag Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam vom 11.10.22,
Päambel

Die Verwaltung erklärt sich bereit, die Ergänzung in die Konkretisierung aufzunehmen. Der Satz auf Seite 2, „Aus diesem Grund ist die Vergabe von Grundstücken zukünftig vornehmlich im Rahmen von Erbbaupacht durch Konzeptvergabeverfahren zu realisieren.“ sollte jedoch gestrichen werden. Der Antragsteller stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu und **zieht den Ergänzungsantrag zurück.**

4. Änderungsantrag Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam vom 11.10.22,
Anlage 2

Die Verwaltung erklärt sich bereit, die Ergänzung in die Konkretisierung aufzunehmen und der Antragsteller zieht den Ergänzungsantrag zurück.

Gesamtvorlage: einstimmige Zustimmung

Auf Seite 3 von 8 der beiliegenden Leitlinie ist eine Umformulierung des 2. Punktes wie folgt vorzunehmen:

2.

Ein Verkauf an Genossenschaften kann erfolgen, wenn diese eine geeignete Entwicklung dieser Flächen ermöglichen können.

Analog wird dieser Prüfschritt auch für Flächen in Nachbarschaft des Studentenwerkes angewandt.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion und der Ausschuss für Finanzen haben sich dieser Empfehlung mehrheitlich angeschlossen.

Die Vorlage wird in der vom Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfohlenen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die bestehende „Leitlinie Grundstücksverkäufe“ (11/SVV/0889) wird ergänzt um Regelungen (gemäß Anlage 1) für städtische Grundstücke, die für den Geschosswohnungsbau geeignet bzw. mit Mehrfamilienhäusern bebaut sind. Diese ergänzenden Regelungen finden bei der Grundstücksübertragung und -veräußerung sowie der Erbbaurechtsbestellung der LHP Anwendung.
2. Die Ergänzung der Leitlinie ersetzt den Beschluss „Kein Verkauf ohne Bindungen“ (13/SVV/0495), das Konzept „Grundstücksverkäufe für Geschosswohnungsbau an Investoren“ (15/SVV/0080) sowie die „Erbbaurechtsprüfung“ bei der Verkaufsplanung gemäß Mitteilungsvorlage 18/SVV/0169.
3. Die Ergänzung der Leitlinie Grundstücksverkäufe wird in ihrer Anwendung regelmäßig überprüft und, falls erforderlich, angepasst.

Auf Seite 3 von 8 der beiliegenden Leitlinie ist eine Umformulierung des 2. Punktes wie folgt vorzunehmen:

2. **Ein Verkauf an Genossenschaften kann erfolgen, wenn diese eine geeignete Entwicklung dieser Flächen ermöglichen können.** Analog wird dieser Prüfschritt auch für Flächen in Nachbarschaft des Studentenwerkes angewandt.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 3 Stimmenthaltungen.

zu 5.2 **Ortsteilbeauftragte/r**
Vorlage: 22/SVV/0606
Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt bis zur Beratung der Handreichung für die Ortsbeiräte.

zu 5.3 **Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische**

Schlösser und Gärten

Vorlage: 22/SVV/0704

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt die Vorlage **abzulehnen (2:3:2)**; der Ausschuss für Finanzen hat die Vorlage **zurückgestellt** - unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Befassung im Hauptausschuss.

Der Oberbürgermeister verweist auf die an den Stiftungsrat ergangene Einladung auf die es bisher keine Zu- oder Absage gegeben habe. Mittlerweile liege aber ein Brief des Landes Berlin, in Persona des Staatssekretärs für Kultur in der Senatsverwaltung, Herrn Wöhlert, vor, in dem ebenfalls der Erwartung einer Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam Ausdruck verliehen wird. Der Oberbürgermeister zitiert den Brief Auszugsweise.

Er betont, dass es letztlich um die Frage gehe: Parkeintritt ja oder nein und verleiht seiner Bitte Ausdruck, in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Entscheidung zu treffen. Dies im Kontext der Haushaltsplanung und der Einbringung der Haushaltssatzung.

In der im Anschluss kontrovers geführten Diskussion erklärt Frau Hüneke für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass diese derzeit keine andere Lösung für die Frage sehe, um einen Parkeintritt zu verhindern. Allerdings behalte sich die Fraktion vor, Fragen der Grünpflege und des Eintritts in den Volkspark in der Haushaltsdiskussion mit aufzurufen.

Herr Finken informiert, dass der Änderungsantrag der Fraktion CDU vom 05.09.22 erledigt sei und bringt einen neuen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) zu bitten:

- Der Landeshauptstadt Potsdam das bevorzugte Modell für die Erhebung von Eintritt in den Park Sanssouci vorzustellen und dabei darzustellen,
- welche Besonderheiten für die Potsdamer Bevölkerung zur Aufrechterhaltung vor allem der historisch gewachsenen Wegebeziehungen und der traditionellen Einbindung des Parks in den Stadtraum vorgesehen werden.
- Welche konkreten Eintrittsregelungen für die Potsdamer Bevölkerung vorstellbar sind.
- Ob für weitere Parks im Stadtgebiet die Erhebung von Eintritt vorgesehen ist.

Die Betrachtung der Frage, was die SPSG für die Landeshauptstadt bringe, könne auch aus der Sicht betrachtet werden, was die Landeshauptstadt für die die SPSG tue – das sollte nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Vorlage im Ausschuss für Finanzen mit der Begründung einer Verständigung in der heutigen Hauptausschusssitzung zurückgestellt wurde.

Herr Heuer betont, dass heute eine Entscheidung zu treffen sei für den jährlichen Zuschuss an die SPSG und d.h. dann kein Parkeintritt oder gegen den Zuschuss, was dann zukünftig einen Parkeintritt nach sich ziehe. Einen Zusammenhang mit dem Pflegeaufwand und dem Eintritt in den Volkspark gebe es nicht.

Der Oberbürgermeister fragt, über was sich heute noch verständigt werden solle – das Thema sei „durch“. Die Vorlage wurde im August 2022 in den Geschäftsgang gegeben, die Positionen sind sowohl im Ausschuss als auch in der Öffentlichkeit ausgetauscht.

Herr Wollenberg fordert von den Beteiligten und den Stiftungsgebern, sich der Debatte zu stellen und sieht eine Ungleichbehandlung mit anderen Kommunen.

Herr Finken fordert, über Möglichkeiten, Chancen und Kooperationen miteinander ins Gespräch zu kommen und Synergien zu prüfen.

Im Weiteren fasst Herr Kümmel die Mittelverwendung für die Jahre 2019-2023 zusammen. Nach weiteren Redebeiträgen unter Verweis auf die Historie der Entscheidung der Stadtverordneten in den vergangenen Jahren, beantragt Herr Dr. Scharfenberg die **Zurückstellung der Vorlage**.

Dieser Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen angenommen.

zu 5.4 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!

Vorlage: 22/SVV/0737

Fraktion DIE LINKE

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion und der Ausschuss für Finanzen haben mehrheitlich die **Erledigung** des Antrags festgestellt.

Abstimmung:

Die Feststellung der Erledigung dieses Antrags wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 5.5 Transparenz der Tätigkeit von Beiräten

Vorlage: 22/SVV/0792

Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt, die **Erledigung** des Antrags festzustellen. Die Präsentation, die im Ausschuss dazu erläutert wurde, ist der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Abstimmung:

Die Feststellung der Erledigung dieses Antrags wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 5.6 Teilweise Aufhebung des Beschlusses 20/SVV/0425 vom 06. Mai 2020 -

Faire Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 22/SVV/1059

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Entsprechend der Empfehlung aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erhebt sich kein Widerspruch gegen das Rederecht für Herrn Kwapis für das „Bürgerbegehren „faire Bezahlung ... KEvB“.

Anschließend bittet Herr Brödno, das Gutachten, wie in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zugesagt, den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Herr Wollenberg plädiert dafür, die Empfehlungen von Herrn Kwapis in der Beschlussvorlage zu berücksichtigen und bringt anschließend folgenden Änderungsantrag der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam ein:

Der Oberbürgermeister wird im Zusammenhang mit der Aufhebung des Beschlusses beauftragt, Gespräche mit Landes- und Bundesregierung und weiteren erforderlichen Akteuren aufzunehmen, mit dem Ziel eine rechtssichere Umsetzung der Bezahlung nach TVöD auch in den obengenannten Tochterunternehmen der Ernst-von-Bergmann-Gruppe umzusetzen.

Dem Hauptausschuss ist quartalsweise beginnend im März 2022 zu den Fortschritten Bericht zu erstatten.

Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, verweist darauf, dass die Verwaltung dieses Anliegen nicht durchsetzen könne, aber daraufhin wirken werde, dass die Krankenhäuser auskömmlich finanziert werden, um nach TVöD zu zahlen.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass die mit dem Bürgerbegehren erwartete Signalwirkung ausgeblieben sei und nur die Stadt Potsdam aus städtischen Mitteln eine Unterstützung an das Klinikum finanziert. Damit gehe die Stadt an ihre Belastungsgrenze. Im weiteren Meinungs austausch werden die Positionen einzelner Fraktionen unterstrichen und Frau Hüneke bittet, im ersten Satz das Wort ... „weiterhin“ Gespräche...aufzunehmen... einzufügen, da hier schon seit langem ein Prozess mit unterstützt werde. Auf die Anregung, einen anderen Rhythmus der Berichterstattung zu wählen und diese möglichst an die Berichterstattung des KEvB zu koppeln, schlägt Herr Wollenberg eine halbjährliche Berichterstattung ab März 2023 vor.

Die geänderte Fassung des Änderungsantrags der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam wird zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird im Zusammenhang mit der Aufhebung des Beschlusses beauftragt, **weiterhin** Gespräche mit Landes- und Bundesregierung und weiteren erforderlichen Akteuren aufzunehmen, mit dem Ziel eine rechtssichere Umsetzung der Bezahlung nach TVöD auch in den obengenannten Tochterunternehmen der Ernst-von-Bergmann-Gruppe umzusetzen.

Dem Hauptausschuss ist **halbjährlich** beginnend im März **2023** zu den Fortschritten Bericht zu erstatten.

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Stimmenthaltungen.

Die so geänderte Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Beschluss 20/SVV/0425 vom 06. Mai 2020 wird teilweise aufgehoben. Die Aufhebung beinhaltet den Auftrag an den Oberbürgermeister als Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH (KEvB),

1. den Eintritt der Poliklinik Ernst von Bergmann GmbH, der MVZ Medizinisches Versorgungszentrum GmbH sowie der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH in die ordentliche und daher tarifgebundene (TVöD) Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) bis spätestens zum 01.06.2020 zu veranlassen

und
2. den Eintritt der Poliklinik Ernst von Bergmann GmbH, der MVZ Medizinisches Versorgungszentrum GmbH und der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH in die tarifgebundene Mitgliedschaft des KAV in der Gesellschafterversammlung zu beantragen und ihr zuzustimmen.
3. **Der Oberbürgermeister wird im Zusammenhang mit der Aufhebung des Beschlusses beauftragt, weiterhin Gespräche mit Landes- und Bundesregierung und weiteren erforderlichen Akteuren aufzunehmen, mit dem Ziel eine rechtssichere Umsetzung der Bezahlung nach TVöD auch in den obengenannten Tochterunternehmen der Ernst-von-Bergmann-Gruppe umzusetzen.**

Dem Hauptausschuss ist halbjährlich beginnend im März 2023 zu den Fortschritten Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 5.7 Abordnungen und nicht besetzte Stellen

Vorlage: 22/SVV/1117

Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird namens der Fraktion DIE LINKE vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht.

Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, spricht sich gegen eine monatliche Berichterstattung aus und verweist auf die zweimal im Jahr gegebene Information zum Stellenplan und deren Entwicklung. Er empfiehlt darüber hinaus, das Portal Pia-online zu nutzen.

Herr Dr. Wegewitz bewertet den Antrag als zumindest bedenklich, da die

Stadtverordnetenversammlung dafür nicht zuständig sei und bittet, dies abzustimmen.

Frau Dr. Müller fragt nach dem Mehrwert dieser Informationen für die Stadtverordneten, um steuernd, verändernd oder planend in das Geschehen einzugreifen. Wünschenswert sei es – egal zu welchen Themen –, die Berichterstattungen zu bündeln und die Anliegen der Stadtverordneten dabei zu berücksichtigen. Frau Hüneke wirbt dafür, die Arbeitskapazitäten der Verwaltung effektiver zu nutzen.

Abstimmung:

Die Feststellung der „Unzuständigkeit“ der Stadtverordnetenversammlung wird

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Der Antrag wird mit der Änderung der Turnusmäßigen Berichterstattung im ersten Satz zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jeweils ~~monatlich~~ **quartalsweise** eine Übersicht über den aktuellen Stand der Abordnungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in andere Bereiche der Verwaltung zu übermitteln.

In der Übersicht ist auszuweisen, aus welchem Bereich und wohin die Abordnung erfolgt. Außerdem ist die Begründung für die Abordnung und die geplante Dauer aufzuzeigen.

Zudem ist die jeweils aktuelle Anzahl der nicht besetzten Stellen in den Geschäftsbereichen und die vorgesehene Ausschreibung darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,

bei 6 Ja-Stimmen.

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Gespräch mit dem Migrant*innenbeirat

Aufgrund eines Missverständnisses in der Vorbereitung auf die Sitzung, wird dieser Tagesordnungspunkt auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

**zu 6.2 Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022
Vorlage: 22/SVV/0710**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, erläutert den vorliegenden Bericht.

Anschließend stellt Frau Dr. Müller kritisch fest, dass aus ihrer Sicht die Datenerhebung nicht aktuell und hilfreich sei. So treffe die Überschrift „Handlungsfelder“ nicht die Inhalte und fehle ein Plan mit Maßnahmen und Terminen sowie Veranstaltungen und konkrete Verantwortlichkeiten wer was bezahlt ebenso, wie die Untersetzung von Erkenntnissen mit konkreten Maßnahmen. Darauf Bezug nehmend stellt Herr Dr. Scharfenberg fest, dass dieser Bericht ein Arbeitsinstrument darstellen sollte.

Frau Meier räumt ein, dass die Verwaltung aufgrund fehlender finanzieller Untersetzung und Ausstattung Umsetzungsprobleme habe.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.3 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss
Vorlage: 22/SVV/1218

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Zurückgestellt – Nach Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss wieder in die Tagesordnung aufzunehmen.

zu 6.4 Anpassung der Verwaltungsverfahren zur Inanspruchnahme von eingeräumten Skonti
Vorlage: 22/SVV/1257

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.5 Rückblick und Ausblick Stadtteildialoge
Vorlage: 23/SVV/0026

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Die Mitteilungsvorlage wird von Frau Arasin, Büro des Oberbürgermeisters, anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert. Ergänzend geht der Oberbürgermeister auf die einzelnen Formate unter pandemischen Bedingungen ein. In der Bevölkerung gebe es ein deutliches Interesse an der Wiederherstellung der Formate; für die am kommenden Freitag angekündigte Veranstaltung gebe es bereits 90 Anmeldungen.

zu 6.6 Zukunftsfähige Ausrichtung des IT-Betriebs
Vorlage: 23/SVV/0025

Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 **Sonstiges**

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zum konkreten Zeitpunkt der Durchführung einer Informationsveranstaltung zu dem geplanten Bau eines Wohnhauses an der Ecke Ziolkowskistraße- Newtonstraße im Stadtteil Am Stern verweist Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, darauf, dass sie von Anfang 2023 gesprochen habe und nicht konkret von Januar. Geplant sei eine Information zu allen drei Standorten und die Vorbereitungen laufen bereits.

Arbeitsplan Hauptausschuss:

Zu dem im Dezember vorgelegten Vorschlag für eine Arbeitsplanung 2023 sollen auf Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg folgende Hinweise mit berücksichtigt werden:

1. Zum Thema Stadtteildialoge im 1. Quartal der Plan der Stadtteildialoge für 2023 und im 4. Quartal die Auswertung der Veranstaltungen 2023.
2. Einordnung des Berichts des Präventionsrates.
3. Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung Hauptausschuss-Kreisausschuss Potsdam Mittelmark.
4. Berichte der Beiräte (Seniorenbeirat, Migrantinnenbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderungen).
5. Berichterstattung Campus LHP im 1. Quartal
6. Stadtteildialoge Planung und Auswertung im 4. Quartal.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er diese Hinweise mit aufnehmen werde; allerdings zeichne er als Vorsitzender des Hauptausschusses für die Tagesordnung verantwortlich.

Auf die Erfahrungen des letzten Jahres zu den Berichterstattungen der Geschäftsführer:innen der städtischen Einrichtungen Bezug nehmend, schlägt Frau Hüneke vor, vierteljährlich eine Hauptausschusssitzung zu planen, die sich ausschließlich mit dieser Thematik befasst, um rationeller arbeiten zu können. Herr Finken spricht sich für diesen Vorschlag und einen Test bis zur Kommunalwahl aus, um in der neuen Wahlperiode entscheiden zu können, ob es eines Beteiligungsausschusses bedarf oder nicht.

Herr Dr. Wegewitz appelliert an die Mitglieder des Hauptausschusses, sich dann auch gut auf die Themen vorzubereiten und Fragen bereits im Vorfeld an die Geschäftsführer:innen weiterzugeben. Bedingung sei, so Herr Wollenberg, dass zu diesen Sitzungen keine regulären Tagesordnungspunkte behandelt werden. Seinem Vorschlag folgend, werden sich die Fraktionen dazu verständigen und die Arbeitsplanung in der nächsten Hauptausschusssitzung erneut aufgerufen.